Stellungnahme zur Vorberatung des Gemeindehaushalts 2018

Mit dem Haushalt 2018 erfolgt die Umstellung auf das **neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)**, welche eine neue Sichtweise und Zusammenstellung des Haushaltsplans bedingt. Wir sehen in der neuen Methodik durchaus Vorteile, da künftig der Ressourcenverbrauch im Fokus steht und mit der vollständigen Erwirtschaftung von Abschreibungen ein nachhaltiger und generationengerechter Gegenpol zum bisherigen mehrheitlich ausgabenorientierten Verfahren gesetzt wurde. Die Umstellung ist für Schwieberdingen verpflichtend, weshalb wir uns mit dem neuen Vorgehen grundsätzlich arrangieren werden. Bei der Haushaltsberatung in Gemeinderat am 31.01.2018 konnten wir zahlreichen Fragestellungen nachgehen.

Wir stimmen der von einem Gemeinderatskollegen geäußerten Aussage zu, dass **es im Vergleich zu den bisherigen Haushaltsplänen dem neuen an Detailtiefe fehlt**. Es wird dadurch für uns als Gemeinderäte schwieriger, die einzelnen Finanzposten entsprechend einzuordnen. Die Gemeindeverwaltung hat diese Einschätzung geteilt und bietet im Gegenzug erläuternde Unterstützung an. Der Grund für die Situation liegt für uns nachvollziehbar im neuen Verfahren, das einer doppelten Buchführung in Konten entspricht. Die Aufstellung der Konten über Teilhaushalte und darunterliegenden Einzelplänen lässt die Granularität gegenüber dem alten System gröber ausfallen. So fanden wir beispielsweise im Einzelplan "Zentrale Funktionen" die Aufwendungen für den Neujahrsempfang und die Städtepartnerschaft in einem Posten zusammengefasst. Ebenso sind unter "Sonstiger Kulturpflege" die Einnahmen des Bürgerhauses, der Bruckmühle und des Geschirrmobils für uns ununterscheidbar gebündelt. Wir fänden es gut, wenn künftig trotz der neuen Systematik des NKHR die Beträge von **zusammengefassten Einzelposten bereits im Haushaltsbuch separat erläutert** würden. So ließen sich auch vermeintlich kleinere Haushaltsposten besser nachvollziehen.

Bemerkenswert fanden wir einen Posten in Höhe von 10.000 € für **Rechtsberatungen in Bezug auf das Schwieberdinger Amtsblatt**. Aus unserer Sicht bedarf es diesen Posten nicht, weil sich jegliche Problematik in diesem Kontext im Dialog lösen lässt. Aufgefallen sind uns zudem 80.000 € für **ÖPNV-Fahrgastinformationsanzeigen** an den neuen Bushaltestellen in der Stuttgarter Straße. Wir erachten solche Anzeigen durchaus als sinnvolle Ergänzung zu bestehenden Informationsquellen, sehen die Anschaffung solcher Technik aber nur bedingt als gemeindliche Aufgabe an. Der in der Sitzung genannte Zuschuss über 50.000 € verbessert unsere Einschätzung, im Zahlenwerk ist dieser Betrag aber noch nicht enthalten.

Insgesamt steht der Haushalt formal besser da, als in der im letzten Jahr vorgenommenen Planung. Bis zum Ende des Planungszeitraums in 2021 sind keine Schulden eingeplant (anstatt bisher 6 Mio. €) und in der Rücklage befinden sich dann noch knapp 8 Mio. € (anstatt 1,2 Mio. €) Die verbesserte Situation kommt daher, weil das Schul- und Hallenprojekt im Glemstal weiter nach 2021 verschoben wurde. Das mag finanzplanungsmäßig jetzt so sein, wir gehen aber weiterhin davon aus, dass mit der baulichen Sanierung der Glemstalschule so früh wie möglich begonnen wird und ebenso zuvor ein Abgleich mit der Hallenplanung (Sporthalle, Turn- und Festhalle, Hallenbad) stattfindet.

Für die ABG-Fraktion, gemeinschaftlich verfasst von:

Michaela Reinold, Mark Schachermeier, Andreas Streit